

reich. — **Agnes Casas** meldet aus Paris: Das weittragende Geschick sollte am Sonntag die Beschiebung von Paris sein. Es hat seine Opfer zu verzeichnen.

Das neue amerikanische Marinegesetz, Reuter meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat einstimmig das Marinegesetz angenommen, das der Flotte 1212 Millionen Dollars zu Kriegszwecken zur Verfügung stellt.

Die Erklärung Sonninos. Sonnino sagte in seiner Erklärung in der italienischen Kammer weiter: Bei der Zusammenkunft in Jean de Maurienne am 19. April 1917, wo wir mit unseren Verbündeten in den allgemeinen Richtlinien die Versuche Oesterreich-Ungarns prüften, bei der einen oder der anderen der alliierten Mächte einen Sonderfrieden zu erlangen, befanden wir uns in voller Uebereinstimmung und bekundeten in einer besonderen schriftlichen Verhandlung, daß es unannehmlich sei, in Verhandlungen einzutreten, die hätten bei der damaligen Lage eine schwere Gefahr mit sich gebracht und die Festigkeit des Bündnisses gefährdet. Uebrigens hat sich die italienische Regierung niemals mittelbar oder unmittelbar in irgendeiner Weise an einer ähnlichen Fühlungnahme mit dem Feinde beteiligt. Ich erkläre dies auch, um sofort das hinterlistige Gerücht abzuschneiden, das der Feind oder die Plauderer (Defalisten) aller Nüchternen über die angeblichen von Oesterreich angebotenen Bedingungen oder über Verhandlungen mit ihm im Königreich verbreiten lassen. (Beifall.) Es wäre heute nicht zweckmäßig, in weitere Einzelheiten einzutreten, um nicht Erweiterungen zu veranlassen, die ausschließlich den hinterlistigen Zwecken unserer Feinde dienen könnten. (Beifall.) Ich bitte also den Abgeordneten Vertini, nicht auf seiner Interpellation zu bestehen, die ich auf keinen Fall würde annehmen können. Dieser beharrte nicht darauf und erklärte sich für befriedigt, die wichtigsten Erklärungen Sonninos veranlaßt zu haben.

Das englische Budget. Wie ein Amsterdamer Blatt aus London vom 21. April erfährt, sollte Bonar Law getrennt das Budget einbringen. Man erwartete Steuererhöhungen für große Einkommen, eine Erbschafts-, Bier-, Tabak-, Zuckersteuer und vielleicht auch eine neue Steuer auf Luxuswaren, unter die auch teure Kleider gerechnet werden sollen. Es sind ungefähr 100 Millionen Pfd. Steuererhöhlungen erforderlich, die das Land mühelos aufbringen wird, da die Einkünfte im vergangenen Jahr den Vorschlag um 88 Millionen überstiegen und um 184 Millionen Pfd. höher als im Vorjahr waren.

Die Unterzeichnung in der Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages hat, wie aus Berlin gemeldet wird, seinen Grund darin, daß wir einen Koalitionskrieg führen, und daß die für den endgültigen Abschluß des Friedens notwendigen Unterchriften aller Beteiligten so schnell nicht herbeizuführen sind.

Deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen. Zur Erneuerung des am 31. März abgelaufenen Wirtschaftsvertrages finden zur Zeit zwischen Deutschland und Holland Verhandlungen statt auf der Grundlage, daß deutschseits Kohlen und Holz, holländischseits Nahrungsmittel, Butter, Käse, Gemüse und Fett geliefert werden sollen. Ferner finden zwischen einer deutschen und einer holländischen Kommission gegenwärtig Verhandlungen statt zur Verbeiführung einer Vereinbarung betr. den Austausch von in Holland liegendem holländischen Schiffsraum gegen Schiffe, die sich in der Macht der Entente befinden und zur Fahrt mit Getreide nach Holland bestimmt sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird voraussichtlich in wenigen Tagen der holländischen Regierung übermittelt werden.

Geheimvertrag zwischen China und Japan. Reuter meldet aus London: „Daily Mail“ erfährt aus Peking vom 16. April, daß nach Meldungen chinesischer Zeitungen ein wichtiger Geheimvertrag zwischen China und Japan abgeschlossen worden sei.

Sächsischer Landtag.

Mit. Dresden, 22. April

Zweite Kammer.

Am Regierungstisch Staatsminister v. Seydewitz. Auf der Tagesordnung steht zunächst der anderweitige Bericht der außerordentlichen Deputation über den Gesekentwurf betr. das staatliche Kohlenbergbaurecht. Die Deputation beantragt durch ihren Berichterstatter Abg. Dr. Böhm (Kont.), bei dem nun Gesekentwurf früher gefassten Beschlüssen assenthalten werden zu lassen. Es sei auffällig, daß die Verhandlungen in der 1. Kammer über den Gegenstand so überaus geheim gehalten worden seien. Das Parlament sei moralisch und politisch verpflichtet, über solche wichtigen Fragen häufig das Volk auf dem Laufenden zu erhalten. Redner begründet dann im Einzelnen den Standpunkt der Deputation zu den verschiedenen Paragrafen und den entgegenstehenden Beschlüssen der 1. Kammer. Abg. Müller (Soz.) erklärt als Mitberichterstatter im Namen seiner politischen Freunde, daß sie einem Kohlenregalgesetz in der Fassung der 1. Kammer nicht zustimmen könnten. Abg. Wilschke (Nat.) stimmt, wie sein Vorgesandter, den Ausführungen des Berichterstatters zu und sagt, die Interessen der Allgemeinheit seien nicht die Richtschnur für die Beschlüsse der 1. Kammer gewesen, sondern die Wahrung der Privatinteressen. Seine Partei habe kein Interesse daran, wenn ein Gesetz zustande käme, das die Interessen der Allgemeinheit so vernachlässigen würde, wie es durch ein Gesetz in der Fassung der 1. Kammer geschehen müßte. Abg. Günther (F. W.) erklärt sich mit den Anträgen der Deputation einverstanden. Abg. Schulze (Unabh. Soz.) erklärt namens seiner Parteifreunde, durch den Beschluß der 1. Kammer seien sie in ihrer ablehnenden Haltung nur bekräftigt worden. Sie würden aber dem Gesetz in der Fassung der 2. Kammer beistimmen, weil es das bessere sei. Finanzminister v. Seydewitz spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß es gelingen werde, im Vereinigungsverfahren auf einer mittleren Linie zusammen zu kommen. Die Regierung werde es nicht an ihren Bemühungen fehlen lassen, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Das Haus tritt hierauf einstimmig dem Antrage der außerordentlichen Deputation bei. Sodann werden nach der Vorlage erledigt die Entnahmen und Ausgaben bei den Kapiteln 55, 56 und 56 a des ordentl. Staatshaushaltsplanes, Tierärztl. Hochschule sowie Physiologisch-chemische Versuchsstelle und Hygienische Anstalt, Medizinal- und Veterinärpolitik, Abklärung von Kryptokokkenverdünnungsreakten, Staatliche Schlachttierversorgung und Staatliche freiwillige Viehverfütterung, ferner die Kapitel betr. Akademie für Graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, Kunstgewerbeschule und Kunstgewerbenmuseum zu Dresden sowie Kunstschule für Textilindustrie zu Plauen mit Zweiganstalt, weiter betr. Landwirtschaftl. Versuchsanstalt zu Leipzig-Möckern und Statist. Landesamt. Nächste Sitzung Mittwoch nachm. 7 1/2 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die ethnisch-litauische Abordnung im Großen Hauptquartier. W. L. W. meldet aus Berlin: Den Abendblättern zufolge ist die ethnisch-litauische Abordnung am 21. April im Großen Hauptquartier vom Reichskanzler empfangen worden. Graf Hertling dankte der Abordnung für das in den Vorschlägen des Landesrats zum Ausdruck gebrachte Vertrauen zum Kaiser und erklärte die Bereitwilligkeit des Kaisers, die vom Landesrate vertretenen

Wanderer unter dem militärischen Schutze des Reiches zu nehmen und sie bei ihrem Vertriebe der Sozialisten von Litauen zu unterstützen. Schließlich erklärte sich der Reichskanzler namens des Kaisers bereit, die losgelassenen Gebiete bis selbständigen Staat anzuerkennen. Der Wunsch des Landesrats, nach der Bildung eines einheitlich monarchisch-konstitutionellen Staates in Veronalunion mit der Krone Preussens werde vom Kaiser wohlwollend geprüft und dem Landesrate demnächst die allerhöchste Entscheidung mitgeteilt werden.

Unrichtig. Die Mitteilung einer Korrespondenz, daß zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit Verhandlungen über die Außerkräftsetzung der Friedensresolution vom letzten Sommer im Gange seien, ist, wie die „Nordb. Allg. Stg.“ schreibt, unrichtig.

Wohnungsfrage im Reichstage. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat den Reichstagspräsidenten ersucht, beim Haushalt des Reichswirtschaftsamtes den vom Wohnungsausschuß festgestellten Bericht mit auf die Tagesordnung zu stellen, ebenso den Antrag dieses Ausschusses, wonach das Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle für planmäßiges und umfassende Wohnungsberückung nach dem Kriege, sowie für die Organisation aller hierfür im Reich vorhandenen Kräfte anzusehen sei. Weiter soll nach diesem Antrage das Reich 500 Millionen Mark für Baudarlehen und zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitstellen. Die Wiederaufnahme der Baukostenindustrie soll in jeder Weise gefördert werden, so durch Zulassung von Arbeitskräften und ausreichenden Kohlenmengen, sowie durch billige Abgabe von Baumaterialien, die bei der Heeresverwaltung frei werden. Für die Uebergangszeit sollen im Notfalle Familienwohnbaracken errichtet und die zeitweiligen Gebäudefortschritte planmäßiger Verteilung gesunder, zweckmäßig eingerichteter Bauernkleinwohnungen schon jetzt angeht werden.

Der Reichsanzeiger enthält eine Bekanntmachung über die Lohnsetzung von Gemüsen.

Das rumänische Erdöl. Direktor Herr von Berliner Kriegsamt sprach am Sonnabend vor Pressevertretern über das rumänische Erdöl. Er sprach über die rumänische Erdölproduktion, die nach übereinstimmender Ansicht der Teilnehmer der deutschen Interessen hinreichend gewahrt ist. Es handelt sich in der Hauptsache um zwei Maßnahmen, eine deutsche mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Kartellgesellschaft, an der auch der rumänische Staat beteiligt ist, und ferner eventuell eine Handelsmonopolgesellschaft für den Fall, daß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht ein anderweitiges Abkommen über die Rohölverwertung getroffen wird. Diese Gesellschaft ist nach rumänischem Recht gegründet, doch sind ausreichende Sicherheiten gegeben, daß die ihr verliehenen Rechte auf dem Wege der Beschlagnahme nicht illusorisch gemacht werden können. Ferner ist mit Oesterreich-Ungarn ein Vertrag geschlossen, der die Beteiligung Oesterreich-Ungarns regelt. Die deutschen Interessen in Rumänien werden dadurch nicht zu sehr beschränkt, da Oesterreich-Ungarn dank dem gallischen Erdölvorkommen auf das rumänische Erdöl weniger angewiesen ist. Durch diesen Vertrag ist die Gewähr gegeben, daß in Zukunft, obwohl der frühere Förderungsstand in Rumänien noch lange nicht wieder erreicht ist, etwa drei Viertel des deutschen Bedarfs an Erdölprodukten gedeckt sind, sodas Deutschland in Zukunft nicht mehr auf das amerikanische Erdöl angewiesen ist. Jedenfalls ist das Monopol, das die Standard Oil-Company bisher besaß, damit endgültig beseitigt. Die Verträge werden erst nach dem Kriege in Kraft treten. Für die Dauer des Krieges im Westen bleibt die Ausbeute der rumänischen Erdölproduktion weiterhin der militärischen Leitung unterstellt.

Die Frage der Kriegsschadigung. Im Landtage des Fürstentums Neuchâtel erklärte die Staatsregierung, daß sie im Bundesrat mit Entschiedenheit für einen Friedensschluß mit Kriegsschadigung eintreten werde.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 23. April 1918.

Verleihung. Herrn Bürgermeister Dr. Diegel in Werder (Cavel) wurde das sächsische Kriegsvorstandskreuz verliehen.

Verfassungsblatt. C. M. der König haben gerührt, dem Schriftführer-Faktor Ferdinand Leichgräber das Albrechtskreuz und dem Maschinenmeister Hermann Wegger das Ehrenkreuz zu verleihen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider überreichte die Auszeichnungen den vorstehend benannten mit herzlichsten beglückwünschenden Worten heute vormittag, am Tage ihres 40-jährigen Verfassungs-jubiläums und ihrer 40-jährigen Tätigkeit in unserer Druckerei. Den Jubilaren, die mit vorbildlicher Treue und Gewissenhaftigkeit unserer Firma gedient haben, wurden von den Inhabern und ihren Mitarbeitern mannigfache Ehrungen zuteil. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins Leipzig, der Vorstand des Kreis VII (Sachsen), sowie der Vorstand des Bezirksvereins Dresden überlieferten unter den herzlichsten Glück- und Segenswünschen eine Ehrenurkunde.

W. D. Pinneis. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der Sächsischen Staatszeitung und den besonders dazu bestimmten großen Blättern eine neue Liste der mit dem Sortieren von Lumpen und Stoffabfällen für die Zwecke des Heeres- oder Marinebedarfs beauftragten Betriebe veröffentlicht worden ist.

Das Landgericht Leipzig hat den Dreber Bruno Conrad zu 6 Monaten und den Anschläger Reichenweber in Leipzig zu 3 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Beide haben sich an der Propaganda für den Generalstreik zur Erzwingung des Friedens, der am 15. August 1917 stattfinden sollte, beteiligt und in einer Verammlung des Arbeiterausschusses ihrer Fabrik, der die Nichtaufnahme der Arbeit beschloß, teilgenommen, ohne Angabe des Druckers und Verlegers verteilt, des Inhalts: Zur Erzwingung des Friedens Generalstreik in Deutschland am 15. August! Uten, weitergeben, weiterzugeben!

W. D. Pinneis. Am 25. April 1918 ist ein kleiner Nachtrag Nr. W. L. 1771/1. 18. R. St. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. L. 1771/5. 17. R. St. A. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wolleges bei den deutschen Verbereiten erschienen. Hiernach bleiben die Veräußerung und Lieferung der Wolle in ihrem bisherigen Umfang gegen Schlußschein erlaubt. Die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft nimmt jedoch Angebote nur noch entgegen von Schafhaltern in geschlossenen Mengen von mindestens 3000 kg Rohwolle; von Großhandelsfirmen des deutschen Reiches, welche als solche von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des königlichen Preussischen Kriegsministeriums bezeichnet und im Reichsanzeiger bekanntgegeben worden sind — in geschlossenen Mengen von mindestens 10000 kg Rohwolle; sowie endlich von solchen Personen oder Firmen, welche die Kriegs-Rohstoff-Abteilung als Bezirksaufkäufer zum Verkauf beschlagnahmter Wolle aus dem Besitz von Kleinhaltern (Schafhaltern von weniger als 30 Schafen) bestellt hat. Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Das sächsische Pferdewirtschaftsamt befragt die Stutenmusterung für das Jagdgebiet Oberlosa sprach sich der sächsische Landkassamteiler Graf zu Münster in benehrenter Weise über das sächsische Pferdewirtschaftsamt aus, indem er folgendes ausführte: „Die Zuchtzute soll das getreue Abbild dessen sein, was wir züchten wollen, nämlich des kriegsbrauchbaren Arbeitspferdes, d. h. des Pferdes, das im Ader und Wagen gleich brauchbar ist. Dieses

Pferd ist seit Ende der 70er Jahre unter Zuchtziel und hat sich durchaus bewährt. Die Mobilmachung hat in unseren Zuchtbeständen starke Wäden gerufen und was wir berechnen kommen haben, das ist ein buntes Gemisch, meist kaltblütige Tiere; wir aber züchten wärmblütige, die Dauer haben, nicht so schnell lebensmüde werden. Die Kaltblüter werden früh reif, aber auch früh alt. Die Wärmblüter halten länger aus. Wie man die Pferde hält, darauf kommt's an. Des Zuchtzieles werden wir nach dem Kriege erst recht verfolgen müssen, damit wir so schlagfertig wie möglich bleiben. Vor dem Kriege sind viele Landwirte zu bequem gewesen, ihre Pferde selbst zu züchten. Zu jeder Wirtschaft könnte ein Fohlen gezüchtet werden. Wir müssen zu einer vernünftigen und naturgemäßen Aufzucht übergehen, die Pferde hart aufziehen. Der Kaltblüter eignet sich dazu nicht, das mittelstarke Pferd entspricht vielmehr unserem bäuerlichen Betriebe. Die Stuten, die sich heute um das Angelb bekommen, waren in dem Top, den wir brauchen. Dabei ist auf solche Tiere zu halten, die in der Stellung torrest und leichtfütterig sind, sich gut halten und keine Sorge machen. Eine Stute, die man zur Zucht verwendet, leidet eine größere Arbeit als der Wallach, der daneben geht. Deshalb muß man viel Rücksicht auf die Zuchtstute nehmen. Sie darf nur im Nebenbetriebe zur Arbeit verwendet werden. Die Musterungskommission ist sehr mild in der Beurteilung gewesen und hat fast allen vorgeführten Stuten Preise erteilt. In der Abstammung waren noch nicht die richtigen Tiere vorhanden. Die meisten Stuten stammten von sogenannten C-Pferden, d. h. Kaltblütern, doch waren auch schon einige nach unserem Zuchtziele vorhanden. Wenn wir erst die Fingste verwenden können, die wir selbst gezogen haben, dann werden wir auch Fohlen bekommen, die uns voll befriedigen. Unser Ziel sei ein schollentändiges: ein sächsisches Pferd.“

Fleingärtnerarbeiten in der nächsten Zeit. Die Ausarbeiten der verschiedenen Gemüsenarten werden fortgesetzt mit Ausnahme der wärmebedürftigen Bohnen, Kürbisse und Tomaten. Die letzteren drei Fruchtgemüsenarten werden am vorteilhaftesten in Töpfen zu fröhlichen Pflanzen angezogen und dann erst gegen Ende Mai ins freie Land gepflanzt. Von den Gärtnereien werden immer solche Pflanzen zu beziehen sein. Geplant werden jetzt die ersten Pflanzungen von Frühgemüsen, jedoch nur überwinterte Pflanzen, die der wechsellöblichen Witterung standhalten können, von Salat, Wirsing, Rot- und Weißkohl. Aus dem Mittelbezirk dürfen genügend abgeerntete Pflanzen dieser Gemüsen frühestens Ende des Monats ausgepflanzt werden. Die ersten Pflanzen sind sorgfältig vor Vogelfraß zu schützen, weil Sperrlinge, Tauben und Finken in dieser Zeit besondere Vorliebe für jungen Grün zeigen. Sobald die schon ausgegangenen Sämlinge die Entwicklung erkennen lassen, beginne man mit dem Ausdünnen, d. h. Berziehen der zu dicht aufgezogenen Pflanzen, indem man nur die stärksten in der gehörigen Entfernung stehen läßt. Beizeiten denke man auch an das Jäten der Beete, da aufgekommene Sämlinge wie Fuchseln, Karotten usw. durch wucherndes Unkraut erschwert werden können. Von Spinat nimmt man spätestens Ende des Monats die letzten Ausseten vor, da spätere Ausseten unter dem Einfluß der Trockenheit und Wärme zu schnell in Blüte schießen.

Dresden. Die Stadt Dresden ist in bezug auf die Türkenabgabe als eine der 12 Versuchsstädte im ganzen Deutschen Reich dazu ausersehen, als erste die Umbringung der beschlagnahmten Trüder usw. aus Ersatzmaterial durchzuführen. Die Arbeitsleistung ist ganz gewaltig, sind es doch gegen 70 Millionen Türken, die bis Oktober dieses Jahres entfernt werden müssen.

Bauern. Das gelobte Land für Hamster und Schleichhändler scheint die nahe Kommende Wiese zu sein. Wiederholt sind auf den Bahnhöfen Gemüse- und Obstschubbeutel beladene Gestalten von nah und fern angehalten worden, denen beträchtliche Mengen an sonst seltenen Lebensmitteln abgenommen wurden. Auch Leipzig hatte ein von der Bundesmerke unternommener Streifzug Erfolg. Unter anderem wurde ein Dresdener Gastwirt erfaßt, der ansehnliche Lebensmittelmengen mit sich führte. Butter, Eier, welches Mehl und andere viel begehrte Dinge wurden in seinem Besitz gefunden.

W. L. W. König Friedrich August traf gestern vormittag 11 Uhr von Dresden kommend in Begleitung von Staatsminister Dr. Wed, Kammerer v. Criegern und Flügeladjutant Oberst v. Worn und Major Gontard hier ein. Am Bahnhof fand kleiner Empfang statt. Begleitet von Kreisbahnhauptmann Dr. Frankstadt, Oberbürgermeister Keil und Polizeidirektor Barth, fuhr der König nach der Grubenlampenfabrik Friemann und Wolf, wo er einen Vortrag von Kommerzienrat Wolf über die Entwicklung der Grubenlampen entgegennahm und einen Teil des Betriebes besichtigte, wobei er 20 im Kriege ausgezeichnete Arbeiter begrüßte. Hierauf fuhr der Monarch nach der königlichen Kreisbahnhauptmannschaft zur Besichtigung der umgebauten Räume. Nach Einnahme eines Imbisses begab er sich zum Realgymnasium, das vorige Woche sein 50-jähriges Jubiläum feiern konnte. In der Vorhalle hatten sich Rat, Stadtverordnete und Lehrerkollegium versammelt. Im Schulsaal begrüßte der Schulchor den König, worauf Oberbürgermeister Keil eine Ansprache hielt. Darauf wurden etwa 40 Herren in Audienz empfangen. Zum Schluß stattete der König den Vorwärtigen einen Besuch ab und fuhr 4 Uhr 10 Min. nach Dresden zurück.

Leipzig. Eine Leipzigerin, die in einem Dorfe auf der Hamsterfabrik war und mehrere Güter erfolgreich abgekauft hatte, zog wegen der vielen Weide und wegen ihres unternatürlich lippigen Wusens den Argwohn eines Beamten auf sich. Er stellte die Fremde und nahm sie schließlich zum Gemeindegemein mit, wo sie sich von einer Frau eine peinlich genaue Untersuchung gefallen lassen mußte. Dabei wurden etwa 20 Eier zutage gefördert, die die Dame im Wusens beherbergte. Man nahm ihr die Eier ab und schant wie eine Zanne zog sie des Weges.

Magdeburg. Dieser Abende sind 2 Kinder durch die Schüsse eines Militärgefangenentransportes, die dieser auf einen entweichenden Gefangenen abgab, schwer verletzt worden. eines der Kinder ist inzwischen gestorben. Am gleichen Tage sind auch in der Nachbarstadt Schönebeck auf einen künftigen Soldaten von seinem Begleiter 5 Schüsse abgegeben worden, durch die jedoch glücklicherweise kein Unheil angerichtet worden ist. Anlässlich dieses überaus traurigen Falls fordert die gesamte Magdeburger Presse, daß derartige Gefangenen Transporte künftig in einem Wagen gefahren sollen. Lebnliche Forderungen sind bekanntlich auch vor kurzem in Berlin erhoben worden, als dort Passanten durch Schüsse von Transporten verletzt worden sind. Wann wird dieser ersten Forderung endlich seitens der zuständigen Stellen nachgegeben werden?

Bemerktes.

Verstärkte Schneefälle mit nachfolgender Kälte haben im Rheinischen erheblichen Schaden an den Obstkulturen angerichtet.

Alexander Girardi. Der gegenwärtig berühmteste österreichische Schauspieler, das Mitglied des Wiener Hofbühnen, Alexander Girardi, ist am Sonnabend nachmittag an den Folgen einer Operation gestorben.